

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Cemal Bozogl u:

„Nach Bekanntwerden des Fundes von Kartenausschnitten mit Nürnberger Stadtteilen beim NSU-Unterstützer Andre Eminger, frage ich die Staatsregierung, welche Informationen ihr zur Nazi-WG in der Nürnberger Marthastraße, in der auch Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe mehrfach übernachtet haben sollen, vorliegen, welche Rückschlüsse sich aus den nun vorliegenden Kartenausschnitten ergeben und ob die Staatsregierung mit Blick auf diese neuen Erkenntnisse zu einer neuen Bewertung der Rolle Emingers innerhalb des sogenannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" kommt?“

Staatsminister Joachim Hermann antwortet:

Die Anfrage betrifft ein Verfahren des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof (GBA). Der GBA ist eine Bundesbehörde und unterliegt damit allein dem parlamentarischen Kontrollrecht des Deutschen Bundestages. Auskünfte zu einem dort geführten Verfahren sind der Staatsregierung verwehrt, ebenso wie über Maßnahmen bayerischer Polizeibehörden, die im Auftrag des GBA getroffen werden bzw. wurden.